



## Antrag

mehrere Abgeordnete

### **Einsetzung einer Enquete-Kommission „Linksextremismus in Sachsen-Anhalt. Analyse, Sensibilisierung und Prävention zur Stärkung und Wahrung des Rechtsstaates in der Auseinandersetzung mit der linken Szene“**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag setzt gemäß § 17 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt vom 12. April 2016 (Drs. 7/10), zuletzt geändert durch den Beschluss des Landtages vom 25. April 2016 (Drs. 7/25), eine Enquete-Kommission zum Thema „Linksextremismus in Sachsen-Anhalt. Analyse, Sensibilisierung und Prävention zur Stärkung und Wahrung des Rechtsstaates in der Auseinandersetzung mit der linken Szene“ ein.
  - Der Enquete-Kommission gehören zwölf Mitglieder des Landtages an (CDU: 4, AfD: 3, DIE LINKE: 2, SPD: 2, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 1). Jede Fraktion kann bis zu zwei ständige Ersatzmitglieder benennen.
  - Die Enquete-Kommission „Linksextremismus in Sachsen-Anhalt. Analyse, Sensibilisierung und Prävention zur Stärkung und Wahrung des Rechtsstaates in der Auseinandersetzung mit der linken Szene“ erhält den Auftrag, unter Einbeziehung von Sachverständigen Handlungsempfehlungen für den Landtag zu erarbeiten, die als Grundlage für eine erfolgreiche Bekämpfung von Linksextremismus in Sachsen-Anhalt dienen sollen. Jede Fraktion benennt der Präsidentin einen Sachverständigen.
  - Die Enquete-Kommission tagt im Landtag in Magdeburg.

Die Enquete-Kommission nimmt ihre Arbeit am 1. Januar 2018 auf. Ein Zwischenbericht soll spätestens am 1. Dezember 2018 vorgelegt werden. Zudem ist bis zum Ende der Legislaturperiode ein jährlicher Bericht vorzulegen. Eine Aussprache über den Bericht ist auf die Tagesordnung des darauffolgenden Plenums zu setzen.

2. Die Enquete-Kommission „Linksextremismus in Sachsen-Anhalt. Analyse, Sensibilisierung und Prävention zur Stärkung und Wahrung des Rechtsstaates in der

(Ausgegeben am 15.08.2017)

Auseinandersetzung mit der linken Szene“ soll unter Einbeziehung von Sachverständigen und von Wissenschaftlern untersuchen, welche linksextremistischen Strukturen in Sachsen-Anhalt bestehen und welche Aktivitäten diese entfalten. Sie soll ferner untersuchen, inwiefern linksextremistische Strukturen in Sachsen-Anhalt, auch mittelbar oder über Scharnierstrukturen, von öffentlicher Förderung profitieren und es strukturelle und personelle Überschneidungen zu derzeit oder ehemals im Landtag vertretenen Parteien sowie deren Jugend- und Vorfeldorganisationen gibt. Darüber hinaus soll die Enquete-Kommission umfassend untersuchen, welche ideologischen Strömungen des Linksextremismus in Sachsen-Anhalt Einfluss auf die Szene entfalten, inwiefern es diesbezüglich, auch durch personelle Überschneidungen bedingt, Anknüpfungspunkte an die sogenannte „Zivilgesellschaft“ gibt und wie weit ideologische Fragmente des Linksextremismus bereits in der Bevölkerung verbreitet sind. Schließlich soll die Kommission erarbeiten, welche Gegenstrategien erforderlich sind, um linksextremistischen Aktivitäten sowie der weiteren Etablierung diesbezüglicher Strukturen wirksam und nachhaltig entgegenzutreten. Überdies soll dabei die Rolle der Landeszentrale für politische Bildung (LpB LSA) untersucht werden, der innerhalb meinungsbildender Prozesse eine herausgehobene Bedeutung zukommt.

Die Enquete-Kommission soll dazu folgende Teilbereiche detailliert analysieren und entsprechende Strategien und Empfehlungen erarbeiten:

- I. Existierende Strukturen in Sachsen-Anhalt,
- II. Scharnierfunktion mit derzeit oder ehemals im Landtag vertretenen Parteien bzw. Fraktionen,
- III. Aktivitäten und Straftaten,
- IV. Ideologische Grundlagen und Verankerung in der Gesellschaft,
- V. Gegen- und Präventionsmaßnahmen,
- VI. Fallbeispiel G20-Protteste.

## **Begründung**

Der Linksextremismus gefährdet den Rechtsstaat. Seine Akteure gehen bundesweit, flächendeckend und nahezu täglich, auch unter Anwendung von Gewalt gegen Sachen und Menschen, gegen politisch Andersdenkende, Oppositionelle und staatliche Einrichtungen und Organe vor. Im Zuge dieser Aktivitäten kommt es nicht selten zu schweren Straftaten.

Aktivitäten linksextremistischer Personenzusammenschlüsse richten sich in vielen Fällen ganz gezielt gegen das grundgesetzlich verankerte Recht auf Bildung und Ausübung einer Opposition. Linksextremistische Aktivitäten zielen überdies darauf ab, politisch Andersdenkende gezielt und durch Anwendung von Gewalt ihrer Grundrechte zu berauben. Dabei schrecken Linksextremisten auch nicht vor Einbrüchen,

Bedrohungen, Nötigungen, Sachbeschädigungen, Körperverletzungen, Brand- und Bombenanschlägen oder versuchten Tötungsdelikten zurück.

Darüber hinaus kommt es zu Blockaden und weiteren Angriffen auf die Grundrechte Andersdenkender, die nicht selten aufgrund eines hohen Mobilisierungspotentials einerseits sowie des mangelnden Durchgreifens der Ordnungskräfte andererseits erfolgreich sind und nur selten juristische Konsequenzen nach sich ziehen. Das enorme Mobilisierungspotential erfolgt dabei auch auf dem Nährboden einer mindestens latenten Duldung linksradikaler und linksextremer Strukturen, der Relativierung und Beschwichtigung extrem linker Agitation und Aktivität sowie auf der flächendeckenden Finanzierung diesbezüglicher Strukturen über den Umweg „zivilgesellschaftlicher“ Initiativen und Vereine. Dies geschieht vorwiegend unter dem Deckmantel der „Extremismusbekämpfung“, die sich sodann politisch einseitig gegen Andersdenkende und Oppositionelle wendet. Auf diesem Wege soll ferner eine Diskursverschiebung im Sinne radikal und extrem linker Positionen erreicht werden, welche wiederum dafür ursächlich ist, dass zum Teil selbst Aktivitäten militanter Linksextremisten gesellschaftsfähig werden. Extrem linke Strukturen sind zudem insbesondere an Hochschulen wahrnehmbar und geduldet.

Es verwundert daher nicht, dass wissenschaftliche Studien zum Linksextremismus kaum existent sind. Eine diesbezüglich mit Seltenheitswert ausgestattete Studie der Freien Universität Berlin zeigt jedoch, dass menschenverachtende linksextreme Einstellungen weit verbreitet sind. Die von Linksextremisten verübten Gewalttaten haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen, insbesondere die Konfrontationsgewalt gegen Andersdenkende. In jüngster Zeit zugenommen hat nach Einschätzung der Forscher auch das Wechselspiel zwischen demokratisch orientierten Kräften und radikalen und extremistischen Kräften der linken Szene. Letzteren gelang es demnach, in einigen Politikfeldern maßgeblichen Einfluss auf den linken Flügel und zum Teil auch auf die linke Mitte der Parteien, der Medien sowie den politischen Diskurs insgesamt zu gewinnen. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, dass der Linksextremismus in weiten Teilen der politisch-medialen Öffentlichkeit beschwichtigt und als „aufgebauschtes Problem“ (wie etwa die damalige SPD-Familienministerin Manuela Schwesig den Linksextremismus kategorisierte) nur geringe Beachtung, auch seitens des Rechtsstaates, findet.

Die Gewalteskalation im Zuge militanter Aufmärsche linksorientierter Personenzusammenschlüsse im Juli in Hamburg, aber nicht zuletzt auch die regelmäßigen Übergriffe auf Andersdenkende und deren Eigentum, die flächendeckende Sabotage von oppositionellen Wahlkampfaktivitäten, zeigen, welches verheerendes Potential der Linksextremismus entfaltet und überdies, ideologisch als auch durch Gewaltanwendung, nahezu sämtliche Verfassungsprinzipien konsequent ablehnt, verneint und aggressiv-kämpferisch gegen diese vorgeht.

Die vorliegend beantragte Enquete-Kommission soll dieser gesellschaftlichen und staatlichen Fehlentwicklung entgegensteuern und dazu beitragen, den Rechtsstaat und relevante gesellschaftliche Kräfte für die Auseinandersetzung mit den Gefahren des Linksextremismus zu sensibilisieren und wehrhaft zu machen.

## Die Mitglieder des Landtages:

André Poggenburg	(AfD)
Hagen Kohl	(AfD)
Oliver Kirchner	(AfD)
Matthias Lieschke	(AfD)
Tobias Rausch	(AfD)
Hannes Loth	(AfD)
Robert Farle	(AfD)
Willi Mittelstädt	(AfD)
Thomas Höse	(AfD)
Andreas Mrosek	(AfD)
Mario Lehmann	(AfD)
Volker Olenicak	(AfD)
Alexander Raue	(AfD)
Dr. Hans-Thomas Tillschneider	(AfD)
Matthias Büttner	(AfD)
Daniel Rausch	(AfD)
Daniel Roi	(AfD)
Ulrich Siegmund	(AfD)
Lydia Funke	(AfD)
Marcus Spiegelberg	(AfD)
Andreas Gehlmann	(AfD)
Jan Wenzel Schmidt	(AfD)